

Die Beteiligung der Opferorganisationen am die Opfer und Wiedergutmachung betreffenden Verhandlungskapitel in Havanna sowie die Komplexität des Themas bedingen es, dass sich die Verhandlungen über diesen Punkt viel länger hinziehen als geplant.

Wegen des weitgehend eingehaltenen Stillschweigens beider Seiten über den Fortschritt der Verhandlungen und der spärlichen Neuigkeiten aus Havanna haben Gerüchte, Polemik und Agitation Hochkonjunktur, worüber EL ESPECTADOR online am 12.10.2014 berichtet:

### **Ein Friedensprozess im Zustand der Agitation**

Während sich der zweite Jahrestag des formellen Verhandlungsbeginns zwischen Regierung und FARC nähert, ist der Friedensprozess selbst erneut ins Hin und Her der politischen Diskussion geraten. Die Opposition, ein wiederaufflammender Streit, die Anschuldigungen und Vorschläge der Opfer und die internen Debatten der Regierungspartei Unidad Nacional umzingeln den Dialog in Havanna.

Die Polemik, angeheizt durch die Nachrichten über die Reisetätigkeit des obersten Guerrillaführers „Timochenko“ zum Zweck von Erörterungen mit der Verhandlungsdelegation der FARC, wuchs noch an, als bekannt wurde, dass er sich in Havanna mit „Gabino“, dem Anführer des ELN (zweitgrößte Guerrillagruppierung in Kolumbien, A.d.Ü.) getroffen hatte. León Valencia, Direktor der Stiftung Frieden und Versöhnung, war es, der die Nachricht bestätigte und sagte, das Treffen habe dazu gedient, den Verhandlungsstand und die Fortschritte in dem Prozess auch dem ELN mitzuteilen, damit dieser in eventuellen eigenen Verhandlungen mit der Regierung davon Gebrauch machen könne. Gleichwohl haben weder die Beteiligten an dem Treffen noch die Regierung bestätigt, dass es stattgefunden hat.

Das Treffen der beiden Guerrillaführer, möglich geworden durch die Gewährung freien Geleits für Timochenko, wurde von Álvaro Uribe und seiner Partei benutzt als Munition für ihre Polemik gegen die Bedingungen, unter denen mit der Guerrilla verhandelt wird, und sie bringen damit nebenbei auch Anschuldigungen gegen die Regierung vor.

„Wir haben Juristen gebeten, die Delikte zu prüfen und welche Gesetze sie gebrochen haben, damit wir die entsprechenden Anzeigen gegen den Präsidenten bei der nationalen und internationalen Justiz erstatten können“, sagt der Senator des Centro Democrático Ernesto Macías, der, wie er ankündigte, die Angelegenheit im Plenum der Ersten Kammer zur Sprache bringen will.

Die Abgeordnete Paloma Valencia, gleichfalls Anhängerin Uribes, erklärte, es sei „klar, dass die Reise Timochenkos nach Havanna und sein dortiges Treffen mit Gabino nicht zufällig zwischen dem ersten und dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl stattfanden. Der Präsident tat alles, damit irgendeine positive Äußerung zum Friedensprozess herauskam, wie er das im Wahlkampf versprochen hatte. Auch ist er uns schuldig geblieben zu erklären, wie der Haftbefehl von Interpol umgangen wurde“.

Auf diese Weise wurde der Diskurs der Uribisten wieder angefacht, wobei wiederholt wurde, Venezuela, eine der Garantiemächte des Friedensprozesses, sei ein „Terroristenparadies“ und man stellte in Frage, ob das Kabinett Santos über diese Episode einheitlicher Meinung sei, denn schließlich haben mindestens vier Mitglieder der Regierung das Feuer gelöscht, das durch Äußerungen von Verteidigungsminister Juan Carlo Pinzón über Timochenkos Reisen entstanden war.

Wer allerdings am meisten vom Stich ins Wespennest profitierte, war Senator und Ex-Präsident Álvaro Uribe, indem er Pinzóns Zugehörigkeit zum Kabinett in Frage stellte. „Santos und Friedenskommissar Sergio Jaramillo bilden eine Achse der Täuschung. Schafft es der Verteidigungsminister, sich davon abzusetzen aus Respekt vor den Streitkräften?“, fragte Uribe in den sozialen Netzen. Pinzón seinerseits wandte sich an die Medien und bat darum, keine politischen Spekulationen hinsichtlich der Reisen Timochenkos anzustellen.

Nachrichten über den Friedensprozess kommen auch von Opfern, die in Havanna waren, um am Verhandlungstisch zu berichten. Am Wochenende wurde ein Brief von ihnen an Präsident Santos publik, der vor Bedrohungen ihrer Sicherheit und der wahren Dimension der Feindschaft gegen den Verhandlungsprozess warnt.

In dem Schreiben beklagen 22 Opfer, die den ersten beiden Delegationen angehörten, die sich in Havanna äußern konnten, Drohungen und Anfeindungen gegen sich. Weiter fordern sie, die Parteien sollten den Verhandlungstisch nicht verlassen, bevor nicht ein Schlussabkommen unterzeichnet sei, bieten ihre Zusammenarbeit mit beiden Delegationen an und verlangen eine beiderseitige Feuereinstellung.

Über den letzten Punkt, die Feuereinstellung, sprach Santos anlässlich der Internationalen

Versicherungskonferenz in Cartagena. „Einerseits wissen wir, dass die FARC in der Vergangenheit Feuerpausen stets zu ihrem Vorteil ausgenutzt hat. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Feuereinstellung, vor allem wenn nicht auch der ELN beteiligt ist, 80% der Zeit darauf verwendet werden zu ermitteln, wer die Waffenruhe gebrochen hat, warum das geschah, und so gerät die Verhandlung auf Nebenwege. Die besten Bedingungen für die FARC liegen vor, wenn sie in voller Bewaffnung und ohne militärischen Druck Gespräche führen kann“.

Der Friedensprozess ist fast zwei Jahre alt, hat sicherlich Fortschritte gemacht und steht immer noch vor großen Herausforderungen hinsichtlich einer Schlussvereinbarung, die die Rechte der Opfer und die Forderungen der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Übergangsgerechtigkeit anerkennt, aber die vor allem die Polarisierung überwindet, die heute die politische Diskussion bestimmt.